

ULRICH HOHOFF

Büchergrundbestände in Universitätsbibliotheken der „neuen“ Bundesländer – Planung und Realisierung

Die Wende setzte an den Hochschulen der damaligen DDR Veränderungen in Gang, die ein neues Umfeld für die Arbeit der Hochschulbibliotheken schuf; rasch kam die Hoffnung auf eine enge Zusammenarbeit von Bibliotheken in der DDR mit solchen in der Bundesrepublik auf. Damals, zwischen Wende und Wiedervereinigung, war das wichtigste Ziel aus westdeutscher Sicht, die Bibliotheken ostdeutscher Hochschulen rasch auf ihre neue Rolle vorzubereiten – durch Neubau und Sanierung der Gebäude, durch die Sicherung notwendiger Personal- und Sachmittel, durch einen erweiterten Bestandsaufbau, durch Neuorganisation von Arbeitsstrukturen bzw. -abläufen und durch erhebliche Investitionen in die Verbesserung der technischen Infrastruktur. Heute, gut fünf Jahre nach dem Ende der DDR, erscheint es selbstverständlich, daß die Arbeit in west- und ostdeutschen Hochschulbibliotheken auf denselben Grundlagen aufbaut (rechtlichen, finanziellen, personellen und bibliotheksfachlichen) – auch wenn sich die Bedingungen vor Ort noch deutlich voneinander unterscheiden.

Für eine rasche Lösung beim Bestandsaufbau ab 1990 sprach die Erwerbungspraxis zu DDR-Zeiten: Die Erwerbungsmitel konnten den Bedarf nicht decken und bei der Literatur aus dem westlichen Ausland existierten gewaltige Bestandslücken. Denn trotz großer Anstrengungen der Bibliothekare vor Ort, die wichtigste wissenschaftliche Literatur zu erwerben, existierten in der DDR Einschränkungen, die Fakten setzten: Der Buchkauf von Neuerscheinungen aus Staaten, die nicht dem sozialistischen Wirtschaftsraum angehörten, war nur in geringem Maß möglich. Diese Einschränkung betraf u.a. alle Werke aus westeuropäischen Ländern. Die zu deren Kauf notwendigen Devisen wurden den Bibliotheken der DDR vom Ministerium für das Fach- und Hochschulwesen in zumeist bescheidenen Kontingenten zugeteilt.

Die folgenden Bemerkungen zeichnen zuerst die Planung und Entwicklung des Aufbaus von Büchergrundbeständen zur Literaturversorgung ostdeutscher Universitäten chronologisch nach. Dann folgen Erfahrungen bei der Umsetzung vor Ort am Beispiel der UB Leipzig.

1. Der Aufbau von Büchergrundbeständen

Der Anstoß für ein Förderprogramm mit dem Ziel, an jeder ostdeutschen Hochschule mit Mitteln des Bundes und der Länder einen Büchergrundbestand aufzubauen, kam von der „Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bibliothekswesen“; sie arbeitete auch die Konzeption aus und berechnete die notwendigen Fördersummen. Im Frühjahr 1990 hatten die Bildungs- und Wissenschaftsminister des Bundes, der Länder und der ehemaligen DDR die Deutsch-deutsche Bildungskommission („Gemeinsame Bildungskommission“) gegründet, welche die Wiedervereinigung auf den Gebieten Kultur und Wissenschaft vorbereiten sollte. Die Bildungskommission berief Expertengruppen, die Lösungen für einzelne Arbeitsbereiche entwickeln sollten, für den Bibliotheksbereich die erwähnte „Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bibliothekswesen“. Sie firmierte bis Herbst 1990 zunächst als „Deutsch-Deutsche Expertengruppe Bibliothekswesen“. Die Expertengruppe Bibliothekswesen berief sechs Arbeitsgruppen. Für Erwerbungsfragen war die AG 3 unter ihrem Generalthema „Literaturversorgung wissenschaftlicher Bibliotheken“ zuständig. Von den acht Mitgliedern kamen vier aus großen wissenschaftlichen Bibliotheken, die übrigen aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, aus dem Wissenschaftsministerium Nordrhein-Westfalen sowie aus dem DBI und dem früheren Methodischen Zentrum in Ostberlin.¹

Als erstes Vorhaben erstellte die AG 1990 eine Konzeption für das Sofortprogramm des Bundes zur Erwerbung „vielgebrauchter Studienliteratur“ an ostdeutschen Hochschulen. Es sollte das Studium an diesen Hochschulen durch den Kauf aktueller Lehrbücher in Mehrfachexemplaren attraktiv halten. Die Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände hatte beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft erreicht, daß hierfür 15 Mio. DM bereitstanden. Die Verteilung richtete sich nach der Studentenzahl: 150 DM pro Student an einer Universität und 100 DM pro Student an einer sonstigen Hochschule. Die Titelauswahl lag bei den ostdeutschen Hochschulbibliotheken selbst. Sie arbeiteten dafür 1990/1991 einen Teil ihrer Desiderata-Karteien ab. Die Mittel wurden den ca. 60 Bibliotheken direkt zugewiesen.² Ein anderes Erwerbungsprogramm der Wendezeit ging dieser Aktion voraus: Als erste bundesdeutsche Institution der Wissenschaftsförderung hatte die VW-Stiftung

¹ Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bibliothekswesen: Empfehlungen zur Förderung der Bibliotheken in den neuen Bundesländern, Berlin: DBI 1991, Mitglieder der AG 3 auf S. 101. (DBI-Materialien 106)

² Elmar Mittler: Arbeitsgruppe 3 „Literaturversorgung wissenschaftlicher Bibliotheken“. In: Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bibliothekswesen. Abschlußbericht 1990-1992. Empfehlungen und Materialien. Berlin: DBI 1993, S. 35-37. (DBI-Materialien 126)

schon Ende 1989 ein Infrastrukturprogramm gestartet, aus dem Mitte 1990 den zehn Bibliotheken der Universitäten, der Technischen Hochschulen und der Bergakademie Freiberg insgesamt 8,5 Mio. DM zugewiesen wurden. Fachliche Schwerpunkte lagen bei aktuellen Werken der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.³ – Auch die Hanns-Seidel-Stiftung startete ein umfangreiches Hilfsprogramm zum Bestandsaufbau.

Am 10. September 1990 legte die Expertengruppe Bibliothekswesen ihre für die künftige Entwicklung entscheidenden „Kurzeempfehlungen für das Bibliothekswesen in den neuen Bundesländern“ vor, welche die Gemeinsame Bildungskommission am 26. September übernahm. Wie die Überschrift zeigt, war inzwischen entschieden, daß die DDR als Staat aufgelöst würde und daß föderale Strukturen nach westdeutschem Vorbild aufgebaut werden sollten. Drei Wochen später, am 3. Oktober 1990, folgte die Wiedervereinigung. Die „Expertengruppe Bibliothekswesen“ wurde als einzige Arbeitsgruppe der Deutsch-Deutschen Bildungskommission gebeten, über den Herbst 1990 hinaus weiterzuarbeiten. Die in ihr erprobte Zusammenarbeit von Betroffenen und Entscheidungsträgern war im deutschen Bibliothekswesen neu. Sie brachte „effiziente Arbeitsformen und vorbildliche Lösungen des schwierigen Wechselspiels von Gremien und Beteiligten“ hervor.⁴

Die erste Empfehlung zur Literaturversorgung lautete: Die Haushalte der neuen Bundesländer sollen beim Haushalt der Hochschule die Mittel für die Universitätsbibliothek separat ausweisen.

Die zweite Empfehlung gliedert den Literaturbedarf der Universität in vier Sparten:

- 1) Laufender Etat für Monographien, Fortsetzungen, Zeitschriften und Einband
- 2) Laufender Etat für Lehrbuchsammlungen (20 DM pro Student)
- 3) Technische Ausstattung, Verbrauchsmaterialien
- 4) „Nachholbedarf (Büchergrundbestand)“.

Der Abschlußbericht der Arbeitsgruppe veranschlagte beim Haushalt die in Nordrhein-Westfalen verwendeten Titel. Für das laufende, schon weit fortgeschrittene Jahr 1990 nannten die Kurzeempfehlungen 6 Mio. DM als notwendi-

³ Vgl. Hermann Josef Dörpinghaus: Das Infrastrukturprogramm der Volkswagen-Stiftung für die Universitäten der neuen Bundesländer. Bericht über eine Fördermaßnahme. In: ZfBB 38 (1991), S. 190-193.

⁴ Elmar Mittler: Bibliothekspolitik im zusammenwachsenden Deutschland. Aus der Arbeit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bibliothekswesen. In: Wissenschaftliche Bibliotheken im vereinten Deutschland. 81. Deutscher Bibliothekartag in Kassel 1991. Hrsg. Engelbert Plassmann, Hildgard Müller, Werner Tussing. Frankfurt/M. 1992, S. 17-24. (ZfBB, Sonderheft 54)

gen Betrag, um Zeitschriftenabonnements und vertragsgebundene Lieferungen abzudecken.⁵ Dieser lakonische, aber demonstrative Hinweis auf Fixkosten war bitter notwendig. Denn zwischenzeitlich war zum 1.7.1990 die Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft getreten. Sie hatte die Etats in DDR-Mark halbiert. Zusätzlich erhielten die Hochschulbibliotheken wenige Monate später neue Träger, nämlich die wieder zu gründenden „neuen“ Bundesländer. Diese konnten erst am Jahresende ihre Not- und Vorschalthaushalte vorbereiten; das kam für die Erwerbung des Jahres 1990 zu spät.

Für die Planung des Bestandsaufbaus in den neuen Bundesländern war entscheidend, daß die Expertengruppe den Begriff und das Anliegen „Büchergrundbestand“ in ihre Empfehlungen aufnahm – wenn auch auf den Nachholbedarf, also die rückwärtige Bestandsergänzung, beschränkt. Denn mit diesem Begriff verbinden sich zwei Dinge: eine Erfolgsgeschichte und eine ungewohnte Form der Finanzierung. Die Erfolgsgeschichte begann 1964, als in der Bundesrepublik die Gründungswelle neuer Hochschulen der Sechziger und Siebziger Jahre einsetzte. Damals empfahl der Wissenschaftsrat, neu gegründete Hochschulen rasch mit einem Bestand zu versehen, der es erlaube, den Lehr- und Studienbetrieb zum Großteil aus eigener Kraft zu versorgen. Zusätzlich zu den laufenden Erwerbungsmitteln für den Novitätenkauf sollten zeitlich befristet Mittel für den systematischen Kauf früher erschienener Titel bereitstehen. Die Rückergänzung als Teil des Büchergrundbestands einer Hochschule wird – und das ist einmalig – nach dem Hochschulbau-Förderungsgesetz (HBFG) über die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau finanziert. Das bedeutet, daß der Bund und das jeweilige Bundesland als Sitzland die Kosten zu je 50 % tragen, weil Büchergrundbestände zu Investitionen in die Erstaussstattung von Hochschulneubauten erklärt wurden. Die Mitfinanzierung des Bundes beim Büchergrundbestand erwies sich als ein Segen für die Länderhaushalte. Bis 1984 waren schon für 31 neue Hochschulen Rückergänzungen als Teil des Grundbestands genehmigt. 15 Jahre nach Aufnahme des Lehrbetriebs der neuen Hochschulen sollte alles Wesentliche beschafft sein. Zwar mußten zahlreiche Bibliotheken nach einem Stop der HBFG-Mittel schon um 1990 die Rückergänzung vorzeitig abrechnen. Doch hatten die neugegründeten Hochschulen ihren Bestand nicht zuletzt mit HBFG-Mitteln gegenüber den „alten“ Hochschulen konkurrenzfähig gemacht.

Bei der Planung für die neuen Bundesländer handelte es sich nicht um neu zu errichtende Hochschulen, die ihren Bestand von Null beginnend aufbauen mußten. Wohl aber brauchten die meisten Hochschulen Neubauten. Daher ge-

⁵ Expertengruppe „Bibliothekswesen“ der Deutsch-deutschen Bildungskommission: Kurze Empfehlungen für das Bibliothekswesen in den neuen Ländern. In: Bund-Länder Arbeitsgruppe Bibliothekswesen (wie Anm. 1), S. 9-18, hier S. 13.

lang es, die Entscheidungsgremien davon zu überzeugen, daß man das Instrument „Hochschulbauförderung“ noch einmal für den Aufbau von Grundbeständen einsetzen müsse. Der Wissenschaftsrat akzeptierte das Vorhaben zügig, und zwar noch im Jahre 1990. Er empfahl Bund und Ländern, an den ostdeutschen Hochschulen gleichzeitig mit Neubau- und Sanierungsmaßnahmen den Grundbestand für neu zu gestaltende Studiengänge – und welche wären das nicht? – aufzubauen.⁶ Um die Literaturversorgung der Hochschulbibliotheken unter der neuen Trägerschaft der „neuen“ Bundesländer zu sichern, schlug die Bund-Länder-Arbeitsgruppe für das erste Haushaltsjahr 1991 vor, in den Sachetat jeder der damals 53 Hochschulbibliotheken eine feste Summe einzustellen. Sie umfaßte auch die Erwerbungsmitel des Trägerlandes – allerdings nirgends mehr als 1 Mio. DM –, vorrangig zur Bezahlung der Zeitschriftenabonnements. Gleichzeitig entstand eine Liste der 1991 erforderlichen Mittel für den Büchergrundbestand pro Bibliothek. In Sachsen wurden z.B. für die UB Leipzig, für die TUB Dresden und für die Sächsische Landesbibliothek je 5 Mio. DM vorgeschlagen; außerdem kamen 19 weitere damals in Sachsen aktive Hochschulen zum Zuge.⁷ Die Höhe der Mittel berücksichtigte die durchschnittlich vorhandene Literatur aus westlichen Ländern, die Höhe des Erwerbungssetats früherer Jahre und erstmals auch das Büchergrundbestandsmodell aus Bayern, welches noch anzusprechen sein wird. Wegen der außerordentlich schwierigen Haushaltssituation war die HBFÜG-Summe 1991 nicht auf Rückergänzungen beschränkt wie in den Folgejahren; sie umfaßte Novitäten an Monographien, Rückergänzungen, sonstige Medien und Mittel für den Einband. Auch war die Gesamtsumme noch nicht nach Fächern laut DBI-Statistik untergliedert.

Die AG 3 hatte bis Anfang 1991 Modellrechnungen zum Büchergrundbestand an ostdeutschen Universitäten und Fachhochschulen erarbeitet, und zwar für den Novitätenkauf und für Rückergänzungen. Das Modell für die Rückergänzung wurde zur Grundlage der heutigen Förderung nach dem HBFÜG. Der Wissenschaftsrat bestätigte das Modell im Januar 1992.⁸ Vom Planungsausschuß für den Hochschulbau wurden die Büchergrundbestände als Investition an den einzelnen Hochschulen für den 21. Rahmenplan 1992-1995 nach dem HBFÜG akzeptiert; sie sollen 12 Jahre mitfinanziert werden. Damit ist Wesentliches erreicht: Die ostdeutschen Universitätsbibliotheken können

⁶ Wissenschaftsrat: *Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit*. Köln 1990, S. 10/11.

⁷ Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bibliothekswesen: *Empfehlungen* (wie Anm. 1), S. 54.

⁸ Wissenschaftsrat: *Empfehlungen zur Sicherung der Literaturversorgung an den Hochschulbibliotheken der neuen Länder und im Ostteil von Berlin*. Drs. 527/92. Bonn 1992. Auch in: *Bibliotheksdienst* 26 (1992), S. 480-491.

im Prinzip zusätzlich zur Novitätenerwerbung systematisch jene Titel an westlicher Literatur ergänzen, die zuvor nicht gekauft werden konnten oder sollten. Sie sollten die Garantie haben, daß Rückwärtskäufe mittelfristig nicht zu Lasten der laufenden Haushaltsmittel des Trägers gehen. Das Berechnungsmodell für den Grundbestand ostdeutscher Universitätsbibliotheken haben Rolf Griebel und Dieter Höchsmann 1991 ausführlich vorgestellt.⁹ Nur einige zentrale Punkte seien hier angeführt. Grundlage der Berechnung ist das sog. „Bayerische Etatmodell“. Die Zahlen des ursprünglichen Modells von 1982 stammen vor allem aus dem Kaufzugang der UB Regensburg; für eine Revision mit Stand von 1988 und für spätere Aktualisierungen wurden die Erwerbungen weiterer bayerischer Universitätsbibliotheken ausgewertet. Der Wissenschaftsrat legt seit 1985 das „Bayerische Etatmodell“ seiner Begutachtung von Büchergrundbeständen und seinen Empfehlungen zur Mittelzuteilung zugrunde. Es lag also nahe, dieses hochschulpolitisch akzeptierte und in der Praxis erfolgreiche Modell für die neue Planung zu verwenden.

Das Modell für die Rückergänzung in den „neuen“ Bundesländern berechnet den Umfang und den Finanzbedarf für einen in Jahresscheiben aufzubauenden Grundbestand der Erscheinungsjahre 1950-1990. Er soll die universitäre Grundversorgung zu diesem Erscheinungszeitraum sichern. Der Berechnungsmodus für den Büchergrundbestand ist relativ unkompliziert: Der Ausgangspunkt ist die Zahl an Bänden, die eine Universitätsbibliothek jährlich erwerben mußte. Dieser notwendige jährliche Kaufzugang für Monographien und Zeitschriften wurde für das Stichjahr 1990 angesetzt. Hier von wird die „retrospektive Soll-Erwerbung“ 1950-1990 abgeleitet. Vorhandenen Bestand rechnet man auf den Bedarf an. Das Ergebnis ist der sog. „Rückergänzungsbedarf“. Dieser wird nach Fächergruppen differenziert und auf Zeitschienen angeordnet. Daraus lassen sich Jahresscheiben für die Rückergänzung ableiten. Die Modellberechnung ist im letzten Schritt auf die Verhältnisse der jeweiligen Hochschule umzusetzen. Daraus ergibt sich die jeweils benötigte Jahressumme.

Nun zur „retrospektiven Soll-Erwerbung“ bei Monographien: Hierfür wird von 1990 ausgehend (54.000 Bände) der Anstieg der Literaturproduktion zurückgerechnet, und zwar bis 1982 um jährlich 3 %, davor um jährlich 5 %. Auch die „Ergänzungstiefe“ ist als Faktor anzusetzen: Geistes- und Sozialwissenschaften sollen im gesamten Zeitraum (40 Jahre) ergänzt werden, die übrigen Fächergruppen für 20 Jahre. Vorhandener Bestand ist anzurechnen; hierfür wurden Erwerbungsstatistiken ostdeutscher Universitätsbibliotheken der Jah-

⁹ Rolf Griebel, Dieter Höchsmann: Aufbau von Büchergrundbeständen an den Universitätsbibliotheken der neuen Bundesländer. In: Bibliotheksdienst 25 (1991), S. 1172-1195.

re 1970-1989 ausgewertet. Das Ergebnis: Die Bestände in den neuen Bundesländern sind nicht kleiner als jene in Westdeutschland; sie umfaßten 1989 durchschnittlich 3,07 Mio. Bände. Entscheidend ist jedoch, daß der Bestand in Ostdeutschland ganz anders zusammengesetzt war: Der durchschnittliche jährliche Kaufzugang von 7.155 Bänden (einschließlich Zeitschriften) aus dem „nichtsozialistischen Währungsraum“ an der UB Leipzig – der höchste an ostdeutschen Universitätsbibliotheken –, läßt den großen Nachholbedarf augenscheinlich werden.¹⁰ Die Modellrechnung setzte deshalb nur 10-15 % als vorhandenen Bestand an. Bei Monographien wären laut Modell für eine in allen Fächern voll ausgebaute Universität insgesamt 472.000 Bände vor 1990 zu ergänzen.¹¹ Dabei entfallen u.a. auf Allgemeines 24.500 Bände, auf die Geistes- und Sozialwissenschaften 310.500 Bände, auf die Naturwissenschaften 46.000 Bände, auf die Medizin 23.500 Bände und auf die Technik 51.000 Bände.

Der Rückergänzungsbedarf an Zeitschriften wurde ähnlich ermittelt. Dabei rechnete man die Anzahl der 1989 laufenden Abonnements auf den Bedarf an. Das waren im Durchschnitt 2.490 Abonnements aus dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsraum“, denn deren Anzahl an ostdeutschen Hochschulen war nach 1980 wegen Devisenmangels notgedrungen stark zurückgegangen. Als Soll-Erwerbung 1990 wurden 12.450 laufende Abonnements errechnet. Beim Zurückgehen durch die Jahrzehnte zog man wiederum die Größe der Literaturproduktion und die „Ergänzungstiefe“ heran. Letztere erstreckt sich bei den Geistes- und Sozialwissenschaften auf den gesamten Zeitraum 1950-1990, bei den übrigen Fächern auf die Jahre 1975-1990. Das Ergebnis: Eine voll ausgebaute Universität benötigt laut Modellrechnung Zeitschriften-Rückergänzungen im Umfang von 197.500 Bänden.¹² Davon entfallen u.a. auf Allgemeines 18.500 Bände, auf die Geistes- und Sozialwissenschaften 67.000 Bände, auf die Naturwissenschaften 30.000 Bände, auf die Medizin 22.500 Bände und auf Technik bzw. Ingenieurwissenschaften 44.500 Bände. Der Finanzbedarf zur Erwerbung dieser Bände ergibt sich einfach und elegant durch Multiplikation der Bandzahlen mit Durchschnittspreisen pro Fächergruppe. Sie schwanken bei Monographien zwischen 75 und 150 DM und bei Zeitschriften zwischen 100 und 200 DM.¹³ Die AG 3 errechnete für Monographien den Betrag von 43.245.00 DM und für Zeitschriften den Betrag von 32.825.000 DM. Das sind zusammen 76.065.000 DM für eine Modell-Hochschule (die alle denkbaren Fächer zugleich anbietet) zur Rückergänzung des Bestandes innerhalb von 12 Jahren. Eine Universität mit diesem Fächerumfang existiert nicht. Der reale

¹⁰ A.a.O., Tabelle 1, S. 1191.

¹¹ A.a.O., Tabelle 2, S. 1192.

¹² A.a.O., Tabelle 3, S. 1193.

¹³ A.a.O., Tabelle 4, S. 1194.

Bedarf ist entsprechend niedriger anzusetzen. Immerhin verdeutlicht die Modellschätzung die Größenordnung, in der HBFG-Mittel mittelfristig notwendig sind. Heute, im Jahr 1996 mit seinen Finanznöten, ist sie im Rückblick ein Beispiel der Planungseuphorie zur Wendezeit.

Wieviel Geld haben die ostdeutschen Universitätsbibliotheken seit 1991 für ihren Büchergrundbestand erhalten? Von 1991-1995 wurden aus HBFG-Mitteln für die Rückergänzung rund 211 Mio. DM zugewiesen:¹⁴

1991: 33 Mio. DM für die zehn bestehenden Universitätsbibliotheken sowie 1,7 Mio DM für die neuen technischen Universitäten Cottbus und Ilmenau.

1992: 43 Mio. DM plus 10,4 Mio. DM für vier Neugründungen (nämlich die genannten sowie die Universitätsbibliotheken in Potsdam und in Frankfurt/Oder).

1993: 44,4 Mio. DM.

1994: 43,6 Mio. DM.

Für 1995 wurden 44,32 Mio. DM angesetzt.

Welchen Stellenwert hatten und haben HBFG-Mittel im Vergleich zu anderen Geldquellen, vor allem zum laufenden Erwerbungsset der Trägerländer?

Rolf Griebel hat 1995 eine Übersicht zur Entwicklung des Etatvolumens der neuen Bundesländer 1991-1994 erstellt:¹⁵ Danach stiegen die laufenden Haushaltsmittel der Träger von 28,8 % auf 37,4 % des Erwerbungssetats an. 1995 waren das im Durchschnitt 2,74 Mio. DM. Diese Summe reichte bei weitem nicht aus, um den Gesamtbedarf im einschichtigen Bibliothekssystem zu decken. Allein die Fixkosten für Zeitschriften und Fortsetzungen lagen 1994 noch 20 % über dem regulären Etat. Die Mittel für den Nachholbedarf stellten 1991 den größten Anteil am Etat – und das ist so geblieben (über 50 %).

Rechnet man die Humboldt-Universität heraus – denn sie verfügt nur über den Etat vom Träger, nicht über HBFG-Mittel –, dann macht der HBFG-Anteil am Erwerbungsset der Universitätsbibliotheken noch im Jahr 1994 57,7 % aus! Unzureichende Trägermittel und relativ hohe HBFG-Mittel sind also seit 1991 miteinander gekoppelt. Die Folge war, daß Mittel für Rückergänzungen zum Teil für Novitäten verwendet werden mußten und nicht nur für den eigentlichen Zweck zur Verfügung standen. Das ist vor allem für den

¹⁴ Die folgenden Angaben werten die jährliche Berichterstattung zur Etatsituation durch Rolf Griebel (unter Mitarbeit von Ulrike Tschardt) in ZfBB für die Jahre 1991-1995 aus:

- Etatsituation in den alten und neuen Bundesländern 1991. In: ZfBB 38 (1991), S. 3-35.
- Etatsituation der wissenschaftlichen Bibliotheken in den alten und neuen Bundesländern 1992. In: ZfBB 39 (1992), S. 484-524.
- Dass. 1993. In: ZfBB 40 (1993), S. 485-526.
- Dass. 1994. In: ZfBB 41 (1994), S. 585-625.
- Dass. 1995. In: ZfBB 42 (1995), S. 561-603.

¹⁵ Rolf Griebel: Etatsituation ... 1995 (wie Anm. 14), S. 594.

Bestandsaufbau in jenen Fächern von Nachteil, die viel ältere Literatur benötigen.

2. Die Verhältnisse in der Universitätsbibliothek Leipzig

Welche Probleme waren beim Aufbau des Büchergrundbestandes aus HBFG-Mitteln für Rückergänzungen (und aus Haushaltsmitteln für Novitäten) zu bewältigen? Das Jahr 1991, als erstmals HBFG-Mittel ausgewiesen wurden, brachte für die UB Leipzig den ersten Haushalt, der in DM zu bewirtschaften war. Auch bekam die Erwerbung ganz andere Geschäftspartner. Zum Beispiel für die Lieferung von Zeitschriften: Hier gab es zur DDR-Zeit zwei Hauptlieferanten. Der Leipziger Kommissionsgroßhandel (LKG) lieferte Zeitschriften aus westlichen Devisenländern, der Postzeitungsdienst lieferte jene aus der DDR und dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet. Mit Lieferanten im Erscheinungsland hatte die UB keinen direkten Kontakt. Als LKG und Postzeitungsdienst finanziell zusammenbrachen, mußte die UB sämtliche Abonnements an neue Lieferanten geben, alle Bestellungen dorthin umplazieren und entstandene Lücken Stück für Stück durch separate Bestellungen auffüllen.

1991 war das erste Jahr nach der Währungsumstellung und in einer eben erst beschlossenen föderalen Struktur in Gründung. Die Mittel waren schwer zu bewirtschaften. Für Sachsen gab es zunächst noch keinen Haushaltsplan, sondern nur einen Vorschalthaushalt, aus dem die Mittel im Prinzip in Monatscheiben abrufbar waren. Erst Anfang Juni erfuhr die UB, daß die Landesbeteiligung für die HBFG-Mittel 1991 in Höhe von 5.250.000 DM gesichert sei. Die Summe wurde während der Sommerferien zugewiesen. Eine geordnete Erwerbungsarbeit war so spät im Jahr nur in Grenzen möglich. Übrigens hatte das Land Sachsen auch mitgeteilt, daß es für die laufende Novitätenerwerbung 1991 keine Mittel zur Verfügung stellen werde. Ohne HBFG-Mittel hätte die UB damals kein Buch und keine Zeitschrift kaufen können – und das an einer großen traditionsreichen Universität, die ihr Lehrangebot der letzten vierzig Jahre völlig umkrepelte und in der Forschung neue Schwerpunkte setzen wollte!

Das Vereinbaren von Lieferverträgen und -bedingungen, Ansichtssendungen, Zahlungsbedingungen etc. gelang ziemlich reibungslos dank der selbstlosen Hilfe westdeutscher Kollegen v.a. aus der Erwerbungskommission des DBI, die unermüdlich Seminare veranstalteten, schriftliche Informationen und telefonischen Rat gaben. Die Lieferanten gaben sich die Klinke in die Hand und überschütteten das Haus mit Katalogen und Prospekten. Auch bei der Anlieferung ging es unkonventionell zu. Es gab Buchhändler, die persönlich

mit dem Lastwagen vorfahren; fast alle Kollegen im Haus halfen dann tragen und auspacken. – Unmengen an geschenkten Büchern flossen herein. Viele waren hilfreich für den Grundbestandsaufbau; bei einigen hatte man eher den Eindruck, daß der Schenker Stellfläche gewinnen wollte. Ein nicht angekündigtes privates Geschenk entpuppte sich als ausgewachsene Bibliothek, in 450 Kisten verpackt. Im Haus herrschte nach Auskunft der Kollegen Aufbruchstimmung, eine Euphorie, die ansteckte und begeisterte. Die Bibliothekare arbeiteten z.B. von sich aus länger als gefordert. Und das, obwohl niemand wußte, wie lange er überhaupt noch arbeiten durfte, denn 1992 wurden fast alle Stellen neu ausgeschrieben.

Ein anderes Problemfeld ist das Erwerbungsprofil, das die UB entwickeln sollte. Einige Voraussetzungen dafür waren unstrittig. Die Forschung sollte von der Akademie der Wissenschaften an die Universitäten zurückverlagert werden. Wissenschaftsbereiche der Universität Leipzig wurden aufgelöst, vor allem die Sektion „Marxismus/Leninismus“. Andere Wissenschaftsbereiche mit vielen Studenten befanden sich in der Gründungsphase, vor allem die Wirtschafts- und die Rechtswissenschaften; für sie war rasch ein Grundbestand aufzubauen. Fächer waren ideologisch stark belastet, etwa die Pädagogik, die Philosophie, die Politik und die Soziologie. Hier fehlte wesentliche Literatur aus Westeuropa und den USA. Andere Entwicklungen ließen sich noch nicht abschätzen, solange die Hochschule in Bewegung war: Wie würde das Ringen um abzuwickelnde und neu aufzubauende Studienrichtungen zwischen Universität und Ministerien ausgehen? Es gab Dozenten, die dicke Mappen mit Erwerbungsanschlägen einreichten, aber kurz darauf wegberufen wurden oder die Evaluation nicht überstanden oder nur als Gastdozenten, aber nicht dauernd bleiben wollten. Würde man den regionalwissenschaftlichen Forschungsansatz an der Universität weiterverfolgen? Offen war auch, ob es Sinn mache, eigene Sammelschwerpunkte aus DDR-Zeiten weiter zu pflegen (und wenn ja, wie intensiv).

Erst nach Verabschiedung des Sächsischen Hochschulgesetzes 1993 konnte die Universität ihre Struktur festlegen: Es entstanden 14 Fakultäten und nach und nach bis 1996 Institute. Studiengänge liefen aus, Studiengänge kamen hinzu; Studiengänge wurden reformiert, ausdifferenziert, gesplittet oder zusammengelegt. Vier ehemals selbständige Hochschulen wurden abgewickelt und der Universität Leipzig angegliedert, ihre Bibliotheken auch. Sie erhielten neue Profile. Mit der Universität kooperierende Institute mit z.T. riesigem Literaturbedarf entstanden, z.B. das Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle. Die Erwerbungen einiger Fächer und Studienrichtungen hatte die UB auch mit den drei verbliebenen Partner-Hochschulen in Leipzig abzustimmen. Weiter waren in den Fächern Schwerpunkte zu bilden, also ein spezialisierter Literaturbedarf für die Wissenschaft zu befriedigen.

Sogar die unterschiedliche Herkunft und Vorgeschichte der Professoren wurden durch die Berufungspolitik der Universität Kriterien für den Bestandsaufbau. Ob jemand aus Ost- oder aus Westdeutschland kam, hatte handfeste finanzielle Vor- und Nachteile, denn Westdeutsche konnten Berufungsverhandlungen führen, Ostdeutsche nicht. Es kam vor, daß der Kanzler einem Neuberufenen mitten im Jahr höhere Berufungsmittel zusagte, als die Bibliothekskommission für das gesamte Fach jährlich vorgesehen hatte. Die Gefahr einseitiger Schwerpunkte, die nicht viel mehr als den momentanen Bedarf widerspiegeln, entstand, weil persönlich zugesagte Berufungsmittel in der UB Leipzig grundsätzlich vom laufenden Haushalt zu bestreiten sind, in der Summe an der Universität bis zu 1,5 Mio DM jährlich. Da die ostdeutschen Hochschulen häufig miteinander konkurrierten, um für ein Fach gute Dozenten zu finden, konnten diese z.T. sehr hohe finanzielle Forderungen bei ihrer Berufung durchsetzen. Heute gibt es für neue Berufungsfälle eine Reserve des Kanzlers (aus dem laufenden UB-Haushalt).

Auch die Wissenschaftler in der Bibliothekskommission der Universität hatten eigene Vorstellungen zur Mittelverteilung. Die Zweckbindung von HBBG-Mitteln an Rückergänzungen nahmen sie zur Kenntnis, sahen sie jedoch nicht als verbindlich an. Nach Meinung der Mehrzahl ihrer Mitglieder mußte zuallererst der aktuelle Bedarf ihrer Institute gedeckt sein, damit diese in vollem Umfang arbeitsfähig würden. Auf Kritik stieß auch die Verteilung der Mittel auf Einzelfächer im Etatmodell des Wissenschaftsrates und im jährlichen Etat-Verteilungsvorschlag der UB. Man wollte sie grundsätzlich nicht nach Fächern (und zur Verwaltung durch die Fachreferenten der UB) verteilen, sondern den Einrichtungen der Universität zuordnen, damit diese nach Bedarf direkt über dortige Zweigstellen bestellen könnten. Gleichzeitig sollten Professorenwünsche bei der Erwerbung immer Vorrang haben. Bei diesen Punkten war die UB auf Kompromisse angewiesen, die ebenfalls zulasten der systematischen Rückergänzung gingen.

Trotzdem ist dank der HBBG-Mittel auch im systematischen Bestandsaufbau Wesentliches erreicht worden. Die Zeitschriftenbestände wurden systematisch nach Fächern erneuert und, soweit möglich, rückwärts ergänzt. Die lieferbaren Anteile der monographischen Literatur von 1950-1990 sind beschafft, oft über ein aktuelles Benutzer-oder Forschungsinteresse hinaus. Seit 1989 erwarb die UB Leipzig rd. 530.000 Bände, pro Jahr dreimal soviel wie 1989 – übrigens ohne zusätzliche Personalstellen, was den Mitarbeitern an die Substanz ging. Eine erste Erfolgskontrolle ist laufend gegeben. Sie äußert sich vor allem im Gespräch mit Benutzern, im zurückgehenden Fernleihvolumen und in einer Abnahme der Erwerbungsanschläge von Wissenschaftlern für Rückwärtsergänzungen. Titellisten mit einem Umfang bis zu mehreren Hundert

Seiten, wie sie jahrelang eintrafen, reichen zur Zeit nur noch Fachvertreter ein, die erst berufen werden.

Als Resümee bleibt festzuhalten: Allein dank der HBFMG-Mittel (aus gemeinsamer Finanzierung durch Bund und Länder) war seit 1991 Erwerbung auf einem Niveau möglich, das es erlaubte, rasch die Arbeitsfähigkeit von Forschung und Lehre an den Hochschulen und in den neugestalteten Fächern zu sichern. Aus diesen Mitteln konnten die Bibliotheken trotz Abstrichen gegenüber der Modellrechnung rasch Grundbestände aufbauen, die z.T. schon jetzt mit jenen in Westdeutschland konkurrieren können. Es bleibt aber anzumerken, daß keines der „neuen“ Bundesländer ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung hat, um das Modell für die Novitätenerwerbung ohne Abstriche umzusetzen.¹⁶ Am Bestandsaufbau für Zeitschriften hat Ursula Allenberg kürzlich die Kürzungen in der TU Chemnitz verdeutlicht.¹⁷

1996 ist Halbzeit bei der HBFMG-Förderung. Sie sollte Anlaß sein, in den Bibliotheken eine Zwischenbilanz auch für die systematische Erwerbung zu ziehen. Die Planung des Wissenschaftsrates im 26. Rahmenplan für den Hochschulbau sieht für die Jahre 1996-2000 weitere 208 Mio. DM an HBFMG-Mitteln für die Universitätsbibliotheken vor. Es ist zu befürchten, daß die Summen wegen der allgemeinen Finanzlage wesentlich gekürzt werden. In Sachsen nehmen die HBFMG-Mittel ab 1996 kontinuierlich ab – ein Argument mehr für die deutliche Anhebung des laufenden Etats. Sie war in Sachsen zuletzt 1995 zu verzeichnen. Nur wenn die laufenden Erwerbungsmitel ostdeutscher Universitätsbibliotheken trotz schwieriger Finanzlage steigen, können diese stärker als bisher eine systematische Rückwärtsergänzung aus HBFMG-Mitteln vor allem bei Monographien betreiben. Eine nur auf den momentanen Bedarf ausgerichtete Erwerbung ist als Basis für die dauerhafte Literaturversorgung einer Universität zu schmal. Es besteht die Gefahr, daß die Rückwärts-Ergänzung entgegen der Absicht des Wissenschaftsrates auf halber Strecke stehenbleibt. Dann können die Hochschulen der neuen Bundesländer sich nicht weitgehend aus eigenem Bestand versorgen.

¹⁶ Vgl. die Modellzahlen bei Höchsmann/Griebel (wie Anm. 9) in den Tabellen 2, 3 und 5.

¹⁷ Ursula Allenberg: Der Aufbau von Zeitschriften-Grundbeständen. In: Dialog mit Bibliotheken, Jg. 7 (1995), H. 3, S. 15-27.